

# d's andre blättle

ORTSZEITUNG DER SPD FÜR SONTHEIM, BRENZ UND BERGENWEILER; 45. JAHRGANG, August 2021/Nr. 171

## Liebe Sontheimer, Brenzer und Bergenweiler Bürgerinnen und Bürger,



seit vier Jahren darf ich unsere schöne Region im Bundestag vertreten. Es ist mir meistens eine Freude und immer eine Ehre. Ich hätte nicht gedacht, mit den zwanzig Prozent, die meine SPD vor vier Jahren erreicht hat, so viele auch mir wichtige Punkte durchsetzen zu können.



Reden Sie noch über die Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung mit Ihrer Nachbarin? Sind die Rücknahme beschlossener Rentenkürzungen und die Einführung der Grundrente beim Kaffeetisch mit der Verwandtschaft Gesprächsthema? Freuen Sie sich am Monatsende mit Ihren Kolleginnen und Kollegen über die Abschaffung des Soli? Weiß man in der Schule Ihrer Kinder noch, wie hoch die Kindergelderhöhung war?

Ich denke, die Maßnahmen zur Pandemiebewältigung haben die Allermeisten auf dem Radar. Wir konnten mit dem erhöhten und verlängerten Kurzarbeitergeld zwei Millionen Arbeitsplätze retten. Auch wenn alle Maßnahmen zum Klimaschutz greifen, Transparenzregeln für Abgeordnete eingetütet sind, erste Schritte zur gerechteren Bezahlung in der Altenpflege getan sind, Freier, die Zwangsprostituierte benutzen, künftig bis zu drei Jahre ins Gefängnis müssen, fertig ist man ja nie. Ich will mich weiter mit ganzem Elan in der Wahl-

rechtskommission einbringen, mich um bezahlbaren Wohnraum kümmern, endlich eine Bürgerversicherung, eine Rentenversicherung für alle, eine solide Gesundheitsversorgung, die die Beschäftigten nicht auslaugt und vieles mehr durchsetzen. Insbesondere wird die Frage im Raum stehen, ob die Pandemiekosten gerecht verteilt werden. Und jedes, wirklich jedes Thema muss am Ende auch die Frage beantworten, nützt oder schadet das dem Klima? Ein Blick ins SPD-Wahlprogramm lohnt sich wirklich.

Für Ihre Anregungen, auch kritischen Rückmeldungen, den konstruktiven Austausch in den letzten vier Jahren danke ich Ihnen sehr herzlich.

**Ich freue mich, wenn es weitergeht.  
Beste Grüße nach Sontheim!  
Glück auf und bis bald!**

**Ihre Bundestagsabgeordnete  
Leni Breymaier**

Von Willi Häfele

## Enorm große Unterschiede bei den Einkommen

Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind gewaltig hoch. Während viele Mitbürger/innen mit ihrem Verdienst oder ihrer Rente nur schwerlich über die Runden kommen und deshalb oft auf staatliche Hilfe angewiesen sind, können sich inzwischen erfreulich viele Menschen dank guter Einkommen ein unbeschwertes Leben leisten.

**Laut Statistischem Bundesamt gab es in den zurückliegenden drei Jahren seit 2017 bei uns sogar 24.700 Personen, die pro Jahr mehr als eine Million € verdienten. Im Durchschnitt kamen diese auf jährlich 2,7 Millionen €, das sind pro Monat 225.000 €.**

(Die meisten davon lebten übrigens in Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen).

Natürlich müssen diese Personen auch entsprechend hohe Steuern zahlen. Der derzeitige Steuerhöchstsatz, die so genannte „Reichensteuer“ von 45%, gilt allerdings erst für die Beträge, die über einem Jahreseinkommen von 270.501 € bei Alleinstehenden und über 508.894 € bei Ehepaaren liegen.

### Einkommensmillionäre könnten leicht mehr bezahlen

Wenn nun in den kommenden Jahren die durch die Corona-Hilfsmaßnahmen immens gestiegenen Staatsschulden wieder abgebaut werden müssen, wird verständlicherweise die Frage aufkommen, ob Einkommensmillionäre nicht stärker besteuert werden sollen. In vielen Staaten sind die Spitzensteuersätze für solch hohe Einkommen ja auch jetzt schon deutlich höher. Es wäre wohl gerade im Hinblick auf Geringverdiener ein Zeichen von Solidarität, wenn z.B. der Steuersatz für Beträge über 500.000 € Jahreseinkommen auf 50% und für Beträge über einer Million € auf 60% steigen würde – und den Betroffenen würde dies bestimmt nicht wehtun.

**Interessant sind zu diesem Thema die Wahlprogramme der Parteien zur bevorstehenden Bundestagswahl. Die SPD will Spitzenverdiener stärker besteuern und dafür Jahreseinkommen bis 150.000 € entlasten. Bei CDU/CSU und FDP würden dagegen Einkommensmillionäre deutlich weniger Steuern zahlen als bisher, was ich nicht für richtig halte.**



#### Wichtige Termine:

**17.9.2021** - 18 Uhr  
Kreisparteitag im Bürgersaal in Herbrechtingen.

**20.9.2021** - 20 Uhr  
Mitgliederversammlung im „Alten Rathaus“.

**26.9.2021**  
Bundestagswahl

**30.10.2021** - 19 Uhr  
Festabend anlässlich des 50-jährigen Jubiläums unseres SPD-Ortsvereins in der Turnhalle/Ovum in Brenz.

## Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

**Unters  
Kopfkissen  
gesteckt...**

da neilich hant em Osiander oinige Mitbürger verzählt, dass oser Gmoid eventuell da Brenzer „Hirsch“ kaufat. Des ehemalige Schloßle isch ja a bedeutends historischs Gebäude onder Denkmalschutz ond muaß drom o’bedengt erhalt werra. Ond als Gasthaus ond beliebter Treffpunkt (vor allem bei jonge Leut) möcht ma’s auf koin Fall missa. Was aber oser Gmoid drmit a’fanga soll, isch em Osiander a Rätsel. A Renovierong ond Omgestaltong dat sicher wahnsennig viel Geld verschlenga – ond drom hofft er, dass des bloß a Gerücht isch!

Scho seit anderthalb Jaohr leidet Deutschland ond de ganz Welt onderm Corona-Virus. Gott sei Dank sieht’s jetzt so aus, dass bei os dia viele Maßnahma wia Maskatraga ond Empfonga drzua fuhtrat, dass bis zum Herbst wieder a normals Leba ohne groaße Ei’schränkonga ond Verbote meglich wird. Allerdengs hat dui Krise osern Staat bisher scho a Wahnsennsgeld kostat. Et bloß, weil’s nötig war, sondern ao weil dr Gsondhoitsminister Spahn d’s Geld zum Doil mit volle Hent zum Feaschter naus gschmissa hat.

Ganz schlemm fendat’s dr Osiander drom, dass es etliche vom Staat guat bezahlte Abgeordnete gibt, dia sich bei der Krise mit Maskagschäft ganz o’verschämt bereichert hant. Auffallend isch, dass dia Gauner alle von de sogenannte christliche Unionsparteia stammat. Zwoi CSU’ler sogar aus am benachbarta Günzburg. Aber ao a badischer Bundestagsabgeordneter ond Ex-Junge-Unions-Chef aus Mannheim g’hört mit no etliche andre zu dera Spezies.

„In Teilen von CDU und CSU ist das Prinzip, dass eine Hand die andere wäscht, immer wieder zum Vorschein gekommen. Das Waschmittel dabei ist Geld - und dem stehen in diesen Parteien einige besonders nah.“

Norbert Walter-Borjans, SPD-Parteivorsitzender

Ganz nui isch des alles aber et; dr Osiander erennert sich an viele Unionsskandale mit anonyme Geldspenda, dubiose Gschäftla ond schwarze Konta en dr Schweiz ond en Lichtastoi. Drom moin i, s’wär höchste Zeit, dass CDU ond CSU des „C“ en ihre Nama streichat!

So recht traua ka ma selbst verliehene Bezoichnonga oder Nama sowiesa et. Wia hat doch neilich a Bekannter zua mir g’sait: „Wer tatsächlich glaubt, dass dia CSU christlich ond sozial isch, glaubt wohl ao, dass Zitronafalter Schmetterleng send, wo Zitrona faltat!“ Dass mir alle, liabe Leserenna ond Leser, et so leicht auf falsche Bezoichnonga ond Versprechonga rei’fallat, hofft ond wenscht dr alt

*Osiander*

# Wahlrechtsreform und Größe des Bundestags



In meiner jetzt zu Ende gehenden ersten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag war ich immer wieder überrascht, wie rasend schnell manche Beschlüsse auf den Weg gebracht und umgesetzt wurden und wie zäh und lange andere Vorhaben in der Luft hingen und dann irgendwann irgendwo aufschlugen. Ätzend lange dauert das mit dem Wahlrecht. Eine Wahlrechtskommission sollte „unverzüglich“, so der Beschluss, eingesetzt werden.

Tatsächlich traf sie sich erst ein Dreivierteljahr danach zu ihrer konstituierenden Sitzung. Aber jetzt ist sie da. Und ich bin dabei. Als eine von neun Abgeordneten. Davon sind drei von der Union, zwei von der SPD und jeweils ein Sitz ging an die anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Dazu kommen noch neun externe Sachverständige. Wir sind also insgesamt achtzehn Menschen, die Vorschläge für die künftige Parlamentsarbeit machen sollen.

Wir alle haben dabei die Größe des Bundestags im Blick. Ziel ist eher eine Verkleinerung des Parlaments im personalisierten Verhältniswahlrecht. Man soll also wie seither Menschen und Parteien ankreuzen können. Außerdem geht es um die Modernisierung des Parlamentsbetriebes. Oft macht man sich ja lustig über die Existenz von Faxgeräten im Bundestag. Das ist aus meiner Sicht nicht okay. In meinem Büro steht kein Faxgerät. Faxe empfangen über den Rechner. Jedoch schreiben mir etliche Bürgerinnen und Bürger per Fax. Warum sollte das nicht mehr möglich sein? Es geht für mich darum, die Möglichkeiten der Digitalisierung auch im Parlamentsbetrieb besser zu nutzen. Auch wir haben in der Pandemie dazu gelernt. Und wie wollen wir es mit der Beteiligung der Bevölkerung künftig halten? Nur alle paar Jahre die Stimme abzugeben, ist, so finde ich, zu wenig. Man kann doch versuchen, den Austausch über die Strecke zu beleben, auch formal. Ich wette, Sie kennen sich in Ihrem Fachgebiet besser

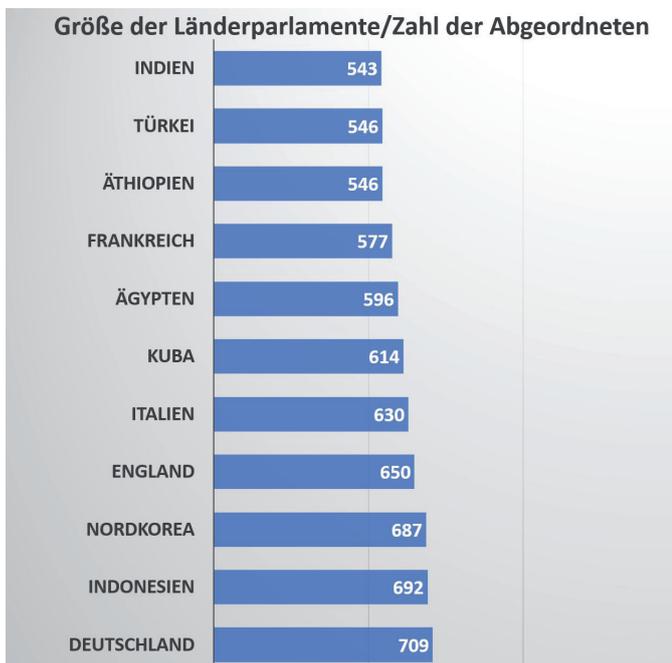
aus als ich. Warum soll ich das nicht nutzen, wenn „Ihr“ Thema Gegenstand der Debatten ist.

Die Beteiligung der Menschen an den Entscheidungsprozessen, von deren Ergebnis sie ja betroffen sind, ist ein wichtiges Ziel. Auch die Dauer der Legislaturperiode wird uns beschäftigen. Gemeinderäte, Kreistage, Landtage, überall wird inzwischen nur alle fünf Jahre gewählt. Der Bundestag ist aber alle vier Jahre dran. Was denken Sie? Soll der Bundestag auch nur alle fünf Jahre gewählt werden?

Und dann kommt das Wahlalter. Die Älteren erinnern sich: Früher durfte man erst mit 21 wählen, weil man erst dann volljährig war. Soll man künftig schon mit 16 wählen dürfen oder gar noch früher? Was sind Ihre Gedanken dazu? Es wird auch über eine Mandatszeitbegrenzung des Kanzlers / der Kanzlerin gesprochen. Das steht im Einsetzungsbeschluss. Was nicht drin steht, ist die Frage einer Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete. Was halten Sie davon? Und: Der Frauenanteil im Parlament ist zurzeit so niedrig, wie seit Jahrzehnten nicht. Ich will nicht warten, bis sich das von alleine zurechtbiegt. Das wird es nämlich nicht. Hier bin ich für klare Regelungen, tatsächlich für Parität.

**Was denken Sie dazu und auch zur Pluralität im Parlament?**

Ich freue mich auf Ihre Gedanken und Anregungen unter: [leni.breymaier.wk@bundestag.de](mailto:leni.breymaier.wk@bundestag.de)



## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bitte nehmen Sie Ihr Wahlrecht bei der bevorstehenden Bundestagswahl in Anspruch, denn in der nächsten vierjährigen Legislaturperiode werden sicherlich wichtige Entscheidungen für Ihre Zukunft getroffen.

Mit Ihrer **Erststimme für Leni Breymaier** können Sie erreichen, dass unser Wahlkreis mit ihr weiterhin eine ehrliche, fleißige und kompetente Abgeordnete im Berliner Parlament hat.

Mit Ihrer **Zweitstimme für die SPD** können Sie dafür sorgen, dass Deutschland mit **Olaf Scholz** einen sehr erfahrenen, klugen und staatsmännischen neuen Bundeskanzler bekommt.

**Ihr SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz**

Von MdB Leni Breymaier

## Dank Olaf Scholz kommt endlich die globale Mindeststeuer, die für mehr Gerechtigkeit sorgt



Jahrzehntlang wurde darüber diskutiert, Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz konnte viele in der ganzen Welt überzeugen: Er sorgt für eine größere Steuergerechtigkeit. Die globale Mindeststeuer in Höhe von 15 Prozent und eine neue Verteilung der Besteuerungsrechte unter den Staaten soll 2023 in Kraft treten. Bis Oktober dieses Jahres sollen die letzten Fragen geklärt werden, anschließend müssen die Staatsoberhäupter der G20-Staaten noch zustimmen.



Mit der globalen Mindeststeuer wird ein Fundament eingeführt, das internationale Steuerregeln endlich ins digitale Zeitalter einordnet. Bisher war der Wettbewerb unfair: Große Konzerne wie Amazon, Google, Apple

und Facebook verlegen ihre Sitze bewusst in Länder mit extrem niedrigen Steuern und zahlen Steuern an das Land, in dem ihr Hauptsitz ist. Gleichzeitig machen sie in anderen Ländern – zum Beispiel in Deutschland – hohe Gewinne, ohne über Steuern die örtliche Infrastruktur, etwa Straßen, Schulen oder das Gesundheitssystem mitzufinanzieren. So was nenne ich Schmarotzer: Die Infrastruktur nutzen und sich nicht daran beteiligen. Die Bürgerinnen und Bürger und anständige Firmen und Unternehmen hingegen zahlen ihre Steuern am Ort. Dieser Wettbewerbsnachteil ist unfair und wird nun eingedämmt.

Mit der globalen Mindeststeuer werden multinationale Konzerne auch in den Ländern zur Kasse gebeten, in denen sie ihre Gewinne erwirtschaften. Mit ihr werden in Deutschland Arbeitsplätze gesichert. Diese Steuer bringt zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe.

Die Einführung der globalen Mindeststeuer ist ein Jahrhundertprojekt, das Olaf Scholz dank seiner internationalen Vernetzung und langen Regierungserfahrung verwirklicht. In Venedig sprach er von einem großen geschichtlichen Moment. „Die G20-Staaten haben sich jetzt darauf verständigt, dass sie eine neue Ordnung der internationalen Besteuerung miteinander vereinbaren wollen“, sagte er. Und ich sagte auf Twitter: „Gute Arbeit, Olaf!“



Von unserem Landtagsabgeordneten Andreas Stoch

## Wer einen Bundeskanzler Olaf Scholz will, muss sein Kreuz bei der SPD machen!



Die jüngsten Umfragen sehen die SPD im Aufwind. Vor allem unser Spitzenkandidat Olaf Scholz liegt vorn in der Gunst der Wählerinnen und Wähler. Und das überrascht mich nicht. Als Vizekanzler und Finanzminister hat er gezeigt, dass er das Land führen kann – auch unter extremen Bedingungen. Sowohl in der Pandemie als auch bei den Unwetterkatastrophen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat er für schnelle finanzielle Unterstützung gesorgt und die dringenden Soforthilfen für die Betroffenen unverzüglich bereitgestellt. Deswegen ist es nur folgerichtig, dass Olaf Scholz als Wunschkanzler in der Bewertung der Menschen vor Armin Laschet von der CDU und Annalena Baerbock von den Grünen liegt.

Wir sind mitten in den Sommerferien, und die Wahl ist bei vielen Menschen noch nicht so stark ins Bewusstsein gerückt. Die heiße Phase des Wahlkampfes wird im September beginnen.

Wenn Olaf Scholz dann immer noch auf dieser Welle der Sympathie schwimmt, kann er der nächste Bundeskanzler sein. Er führt unsere Partei

in den Wahlkampf mit dem Ziel, die kommende Regierung anzuführen. Ob in einer Ampel oder einer anderen Konstellation, ist offen, aber unser Ziel ist nach wie vor eine Regierungskoalition ohne die Unionsparteien.



Kanzlerkandidat Olaf Scholz beim digitalen Parteitag der SPD.

**Allerdings steht nicht „Olaf Scholz“ auf dem Wahlzettel. Wer ihn als Kanzler will, muss sein Kreuz am 26. September bei der SPD machen.**

## Vom Fraktionsvorsitzenden Reiner Lindenmayer

### Sitzung vom 22.6.2021

Nach einer Vorstellung in nichtöffentlicher Sitzung wurde Herr Markus Eck zum neuen Kämmerer unserer Gemeinde gewählt. Bislang leitete Herr Eck die Finanzverwaltung der Stadt Arnstein.

Nachdem sich der Gemeinderat in der Sitzung vom 27. April für den Ausbau der Luitprandstraße entschlossen hat, stellte nun das Ingenieurbüro Gansloser den Entwurfsplan vor. Nach intensiver Diskussion wird die Straße nicht mehr „verkehrsberuhigt“, sondern als 30-km-Zone ausgebaut.

Mit eigenen Mitteln der Gemeinde Sontheim in Höhe von 26.900 Euro wird die Grundversorgung hinsichtlich der Telekommunikation des Baugebietes „Watzelsdorfer Straße II“ eingerichtet. Die Deutsche Telekom hatte sich laut Verwaltung zuvor geweigert, diese Grundversorgung der 12 Bauplätze vorzunehmen.

Mit deutlicher Mehrheit im Gemeinderat und nach unentschuldbaren Verzögerungen werden weitere Kindergartenplätze beim Sportzentrum in Sontheim geschaffen. Neben dem bereits beschlossenen Waldkindergarten wird auch eine weitere Gruppe am dortigen Standort eingerichtet. Damit werden zusammen rund 45 weitere Kindergartenplätze geschaffen. Der Ausbau des katholischen Kindergartens wird sowieso weiter forciert.

### Sitzung vom 20.7.2021

Sontheim und Niederstotzingen stellen den Antrag auf Aufstufung von einem Doppel-Kleinzentrum zu einem Doppel-Unterkern. Durch diese Entscheidung beider Gemeinden sollen der südliche Landkreis gestärkt und weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit geschaffen werden.

Nachdem auch im Grundschulalter die Ganztagsbetreuung verpflichtend eingeführt werden soll, stellt die Gemeinde einen Antrag in einem Programm zum beschleunigten Ausbau. Der Fördersatz beträgt 70 %.

Einstimmig wurden die Planungen der Leistungsstufe 1 und Leistungsstufe 2 für das neue Feuerwehrhaus vergeben. Damit sollen die ersten Entscheidungsgrundlagen bis zum Oktober 2021 geschaffen werden.

Der Ausbau von Feldwegen beim Schwarzenwanger Hof, Heuhofweg, Gerstel und Riegele wurde für einen Betrag von rund 250.000 Euro vergeben.

### Sitzung vom 27.7.2021

Aufgrund einer Initiative von Eltern befasste sich der Gemeinderat mit einer raumluftechnischen Anlage auch für das Rote Schulhaus. Nach einer Prüfung der Sachlage und aufgrund der zeitigen Unsicherheiten hinsichtlich „Corona“ stimmte der Gemeinderat diesem Ansinnen zu. Demnach wird in ähnlicher Weise wie im Hauptschulgebäude eine raumluftechnische Anlage für einen Betrag von rund 27.000 Euro eingerichtet. Mit einem Förderzuschuss des Bundes in Höhe von 80 % ist zu rechnen.

Nach zahlreichen Sitzungen des Gemeinderates und des HGV wird nun eine Weihnachtsbeleuchtung für Teile der Haupt- und Brenzer Straße angeschafft. Die Ausgaben belaufen sich hierbei auf rund 48.000 Euro.

Die Entwurfsplanung zum Ausbau der Gartenstraße wurde für einen Gesamtbetrag von knapp 30.000 Euro an die Firma Gansloser aus Hermaringen vergeben. Damit fiel der Startschuss zum Ausbau dieser wirklich maroden Straße.

## Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat



## Dank für schönen Blumenschmuck in der Gemeinde



Schon im Frühling und auch jetzt im Sommer konnte man an verschiedenen Stellen in unserer Gemeinde auf öffentlichen Flächen schön angelegte farbenfrohe Blumenrabatte sehen. Dafür gebührt der Gemeindeverwaltung und insbesondere den Bauhof-Mitarbeitern der Dank des SPD-Ortsvereins. Fotos: Christian Fussenecker

## Neue Milliardenschulden trotz voller Sparstrümpfe

Die grün-schwarze Landesregierung hat im Juli den Nachtragshaushalt für 2021 verabschiedet. Damit kann das Land neue Kredite über 1,2 Milliarden Euro aufnehmen und die Verschuldung steigt auf einen Rekord von 14,7 Milliarden Euro.

Investitionen in der Not sind zwar richtig, wichtig ist aber die Frage, woher das Geld dafür genommen wird und wofür. Die Landesregierung beruft sich erneut auf den Katastrophenfall, um Milliardenkredite aufzunehmen, von einem Kassensturz fehlt aber jede Spur. Allein aus dem völlig ungenutzten Corona-Beteiligungsfonds für kleine und mittelständische Betriebe stünden eine Milliarde Euro zur Verfügung. Noch stattlichere Reserven ergeben Haushaltsüberschüsse von über drei Milliarden Euro und Ausgabenreste aus 2020. Dieses Geld muss zuerst verwendet werden, bevor man neue Schulden macht.

**Das Land verschuldet sich bei vollen Sparstrümpfen. Auch der Rechnungshof hat starke Bedenken angemeldet und möglicherweise werden Gerichte in die grün-schwarze Finanzpolitik eingreifen.**

Viele der geplanten Investitionen haben außerdem nichts mit Corona zu tun, wie z.B. der Breitbandausbau. Der ist wichtig und richtig, aber er gehört ebenso wenig in einen Nachtragshaushalt wie die vielen neuen und fragwürdigen Stellen in den Ministerien. Aber hinsichtlich des aufgeblähten Regierungsapparats scheint dem Ministerpräsidenten jegliches Problembewusstsein zu fehlen. Bei der Rekordzahl von Staatssekretärinnen und Staatssekretären geht es keineswegs darum, die Verwaltung leistungsfähiger zu machen, sondern um eine Günstlingswirtschaft mit teuren Posten für teure Freunde. Unsere Schulen dagegen warten immer noch auf Konzepte, damit sie im Herbst krisensicher in den Unterricht starten können. Coronabedingte Lernrückstände müssen dringend aufgeholt werden. Deswegen

fordert die SPD einen Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler, eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte und pädagogische Assistenzen, ein Landesnachhilfeprogramm sowie Luftreinigungsgeräte für alle Klassen. Doch davon steht nichts im Nachtragshaushalt.



ANDREAS STOCH  SPD

### **Bleibt also die Frage: Wohin gehen die Milliarden?**

Im Herbst muss der Haushalt für 2022 aufgestellt werden. Es wird harte Verteilungskämpfe geben in Zeiten knapper werdender Kassen. Der Nachtragshaushalt dient also vor allem der Vorsorge. Die dann drohenden Schulden werden schon jetzt gemacht, weil noch der Deckmantel der Pandemie darüber geworfen werden kann. Diese missbräuchliche Aktivierung der Ausnahme zur Schuldenbremse ist Trickserei und keine solide Finanzpolitik.



## Wolfgang Roth

(26.1.1941 – 4.7.2021)

**ist von uns gegangen**

Der ehemalige Sontheimer Wolfgang Roth, der häufig auch als Referent bei politischen Veranstaltungen in unserer Gemeinde auftrat, ist kürzlich im Alter von 80 Jahren leider verstorben. Vielen von uns war er über Jahrzehnte hin eng verbunden in seinem Eintreten für soziale Gerechtigkeit, im Kampf für ein besseres, würdiges Leben aller Menschen und für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient: Als Juso-Vorsitzender, als Bundestagsabgeordneter, als Vize-Präsident der Europäischen Investitionsbank. Auch jenen, die politisch anders dachten und handelten als er, war er ein geschätzter Gesprächspartner, mit dem sie gern intellektuell die Klängen kreuzten.

**Wir werden Wolfgang Roth nicht vergessen und sind mit unseren Gedanken bei seiner Familie.**

**SPD-Ortsverein, SPD-Gemeinderatsfraktion  
und seine Schwester Eva Oppermann**

## Feuerwehrhaus und Bauhof – Woher kam die Idee?

Seit Jahren beschäftigt sich der Gemeinderat mit dem Gedanken, an einem neuen, geeigneten Platz ein neues Feuerwehrhaus zu bauen. Nachdem das alte Feuerwehrhaus (ein früheres Kinogebäude in der Hauptstraße) in die Jahre gekommen ist, den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht und auch wesentliche Mängel im Bereich der Unfallverhütung aufweist, steht außer Frage: **Ein neues Feuerwehrhaus muss unbedingt gebaut werden.**

Woher kam nun die Idee, einen Neubau des Bauhofes ebenfalls in diese Überlegungen mit einfließen zu lassen? Bereits im Jahr 2019 wurde die Firma STEG (Stadtentwicklung GmbH) damit beauftragt, hinsichtlich des Sanierungsgebietes „Südliche Hauptstraße“, eine vorbereitende Untersuchung einzuleiten. Im Rahmen dieser ersten Überlegungen wurde unter anderem auch festgestellt, dass der Bauhof der Gemeinde Sontheim äußerst sanierungsbedürftig ist. In der Folge stellte sich für die Firma STEG zudem die Frage, ob nicht der Bauhof an anderer Stelle einen besseren Platz finden könnte, um dann auch letztendlich das Gebiet der Schwarzenwanger Straße einer neuen städtebaulichen Überplanung zu führen zu können.



Ein unhaltbarer Zustand im alten Feuerwehrhaus: Die Garage dient gleichzeitig als Umkleideraum.  
Foto: Wolfgang Mayer

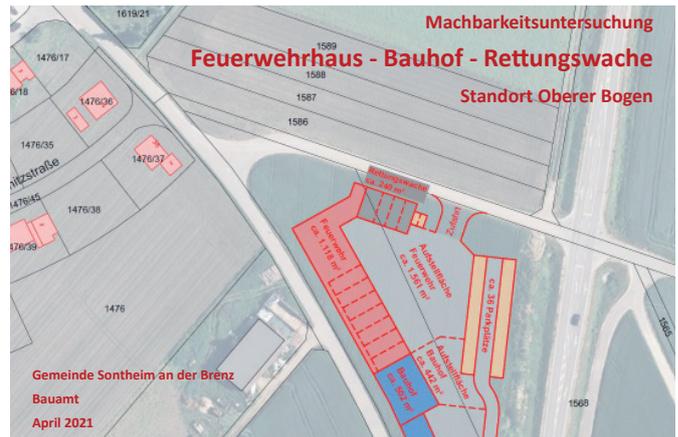
### Ein großes 8 Millionen-Projekt

Neben diesen Überlegungen musste natürlich auch ein darstellbares Finanzierungskonzept für den Neubau des Feuerwehrhauses, den Bauhof und auch für die Rettungswache her. Immerhin geht es um eine Investitionssumme von rund 8 Mio. Euro. Daher war die Überlegung unseres damaligen Kämmers, Herrn Schmid, eine Finanzierung für das Gesamtprojekt aufzustellen, in welchem Synergieeffekte bei der Verwertung der freiwertenden Grundstücke, durch Bezuschussung des Sanierungsgebietes „Südliche Hauptstraße“ über den Ausgleichstock und durch eine Fachförderung der Feuerwehr entstehen.

Kalkulatorisch betrachtet wären letztendlich noch rund 3 Mio. Euro durch die Gemeinde zu finanzieren gewesen.

Zurückhaltend und zögerlich waren die meisten Gemeinderäte von dieser Idee des Zusammenlegens von Feuerwehrhaus und Bauhof. Meine Fraktion und

ich selbst hatten zu Beginn dieser Überlegungen große Bedenken, da dieses Projekt in seinem Gesamtumfang jeglichen Rahmen sprengt. Auch in seiner Umsetzung (Planung, Bau und Einrichtung) wird ein derartig großes Projekt automatisch Verzögerungen mit sich bringen.



Die Machbarkeitsuntersuchung zeigt den künftigen Standort von Feuerwehrhaus, Bauhof und Rettungswache im Brenzer Baugebiet „Oberer Bogen“.

Nachdem wir alle jedoch aus der bisherigen Zusammenarbeit mit Herrn Kämmers Schmid sehr großes Vertrauen in seine Arbeit hatten und dieser keine andere Möglichkeit der Finanzierung sah, wurden diese Überlegungen Bauhof/Feuerwehr nicht einfach vom Tisch gefegt.

Nach derzeitigem Plan und aktueller Beschlusslage werden dem Gemeinderat bei einer Sitzung im Oktober 2021 alle relevanten Zahlen vorgelegt (Bauhof Neubau/Sanierung, Synergie Feuerwehr/Bauhof, usw.), um dann abschließend eine Entscheidung über das gesamte Projekt und dessen Umfang treffen zu können.



# Zuviel Flächenverbrauch ist auch bei uns ein Problem

Immer wieder hört und liest man, dass in Südamerika der Urwald abgeholzt wird und damit eine nicht wieder gut zu machende Zerstörung unserer Umwelt erfolgt. Zwischen 2019 und 2020 wurden zum Beispiel in Brasilien, nach einem Bericht der Tagesschau, mehr als 9.000 km<sup>2</sup> Wald gerodet. Ein unwiederbringlicher Schaden für die Umwelt!

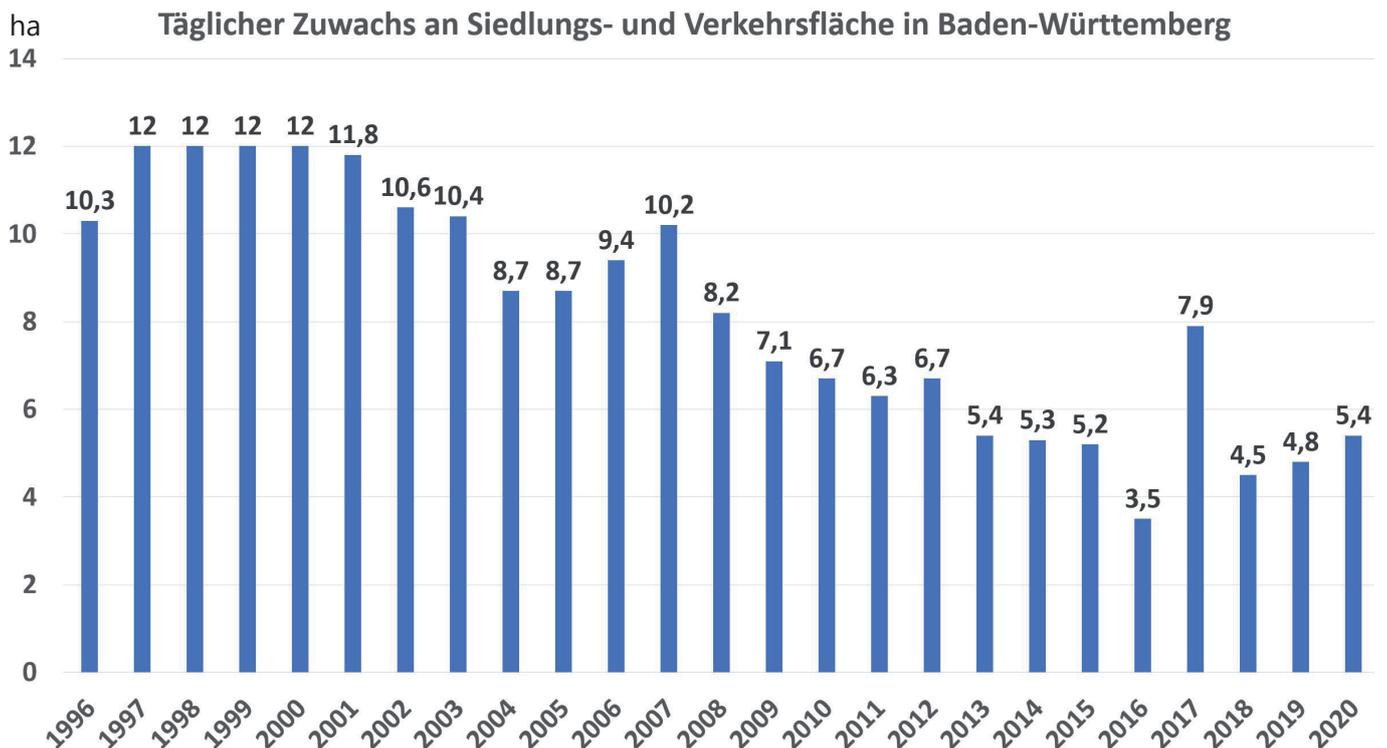
Aber wir brauchen gar nicht so weit zu gehen, um auf übermäßigen Flächenverbrauch zu stoßen. Auch bei uns in Deutschland wird laut einer Analyse vom NABU jeden Tag eine Fläche von rund 60 ha (das sind 600.000 m<sup>2</sup>) für Bebauung, Verkehr und Erholungsgebiete „verbraucht“. Auch hier wird jeden Tag ein Naturraum, der so groß ist wie 75 Fußballfelder, unwiederbringlich verändert bzw. zerstört. Umgerechnet auf ein Jahr wird somit in Deutschland eine Fläche von rund 220 km<sup>2</sup> verbraucht. Wenn man das auf die Größe der beiden Länder (Brasilien hat etwa die 24-fache Größe von Deutschland) umrechnet, so ergibt sich ein Verbrauch bei uns in Deutschland, der etwa bei 50% von dem liegt, was in Brasilien verbraucht wird.

Auch in unserer näheren Umgebung bei Nattheim wird sichtbar, was das tatsächlich bedeutet. Bis Februar 2019 fuhr man von Oggenhausen kommend am Rinderberg durch einen Wald in Richtung Nattheim. Wenn man heute die gleiche Strecke fährt, ist ein Waldstück mit einer Größe von 10 ha (das sind 100.000 m<sup>2</sup>) verschwunden. Mit riesigen Erdbewegungen wurde das Gelände dort aufgeschüttet und ein riesiges Lager einer Spedition errichtet.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie unverantwortlich wir mit unseren Ressourcen umgehen und unsere Umwelt zerstören. Vielleicht schaffen wir es ja, die Warenverkehre über den gesamten Globus zu reduzieren, dann werden solche Lagerstandorte wie bei Nattheim überflüssig, zumindest aber würden keine weiteren mehr zusätzlich gebraucht.

**Dazu müssen wir aber unser Verhalten ändern und zum Beispiel soweit wie möglich Waren aus der Region konsumieren.**

Darüber hinaus gibt es durchaus Beispiele, wie der Flächenverbrauch verringert werden kann. In Giengen wurde zum Beispiel Anfang dieses Jahres ein Flächenmanager eingesetzt, der die Aufgabe hat, Baulücken oder abbruchreife Gebäude in der Stadt aufzuspüren und einer neuen Nutzung zuzuführen (z.B. als Wohnraum). Damit kann der Verbrauch von neuer Fläche durchaus reduziert werden. Aus meiner Sicht eine sehr gute Idee, die man durchaus auch für Sontheim adaptieren könnte. Hierfür kann es sogar finanzielle Unterstützung vom Land geben – in Giengen immerhin etwa 30.000 Euro pro Jahr.



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

# Die Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier besuchte in der Sommerpause unsere Gemeinde



Im Juli nahm sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier bei einem Besuch in Sontheim/Brenz ausgiebig Zeit, um sich über aktuelle Probleme und Vorhaben unserer Gemeinde zu informieren.

Vom Ortsvereins-Vorsitzenden Erwin Resch, dem Gemeinderats-Fraktionsvorsitzenden Reiner Lindemayer, der Gemeinderätin Elisabeth Lahmeyer und Bernhard Fischer wurde die Abgeordnete zu verschiedenen Stellen und Einrichtungen unserer Gemeinde geführt.

Dabei wurde z.B. beim Kinderhaus in der Au über mögliche Kinder-Betreuungsformen diskutiert sowie der geplante Standort für den von der SPD ins Spiel gebrachten Waldkindergarten beim Sportzentrum besichtigt. Neben den Ländern hat ja inzwischen auch der Bund Programme zur Förderung verschiedener Formen der Ganztagsbetreuung aufgelegt.



Unter anderem stand auch das Brenzer Schloss, dessen Renovierung vor Jahren mit erheblichen staatlichen Mitteln gefördert wurde, bei dem Besuch auf dem Programm. Die Abgeordnete interessierte sich dabei auch für die nötigen Sanierungsmaßnahmen im Rittersaal, der wegen eines großen Wasserschadens wohl erst im nächsten Jahr wieder benutzt werden kann.

Natürlich durfte auch ein Besuch auf der Baustelle der Bundesstraße 492 zwischen Brenz und Hermaringen nicht fehlen. Hier informierte sich Leni Breymaier beim zuständigen Bauleiter über den Fortgang der teuren Baumaßnahme.

Große Probleme bereiten hier wohl die Beschaffungen von Leitplanken und anderen Verkehrseinrichtungen. Derartige Dinge sind derzeit nämlich nicht oder nur verzögert lieferbar, so dass die neue Trasse vermutlich erst gegen Ende des Jahres befahren werden kann.



(Die Bilder auf dieser Seite zeigen Teile des Besuchsprogramms der Bundestagsabgeordneten und wurden von Bernhard Fischer und Erwin Resch aufgenommen).



## Unvergessen Hans Weiss

12. 4. 1925 – 23. 8. 2011

Es sind tatsächlich schon 10 Jahre vergangen, seit Sontheims Ehrenbürger Hans Weiss aus Brenz im August 2011 verstarb. Dennoch dürfte der stets hilfsbereite, freundliche und vorbildliche Sozialdemokrat vielen Menschen in unserer Gemeinde in bester Erinnerung sein.

Hans Weiss war 27 Jahre lang Gemeinderat und setzte sich stets selbstlos für unsere Gemeinde und ihre Einwohner ein. Er zählte 1971 zu den Mitbegründern des SPD-Ortsvereins Sontheim-Brenz und war viele Jahre lang als Kassier im Ortsverein tätig. Lange Zeit war er auch Vertrauensmann (1. Vorsitzender) der rührigen Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins. Besonders gut kannte sich Hans Weiss mit der Geschichte unserer Gemeinde aus. Er befasste sich intensiv mit dem Brenzer Schloss und der romanischen Galluskirche und war eifriger Helfer und Experte bei den jahrelangen Ausgrabungen der römischen Straßenstation in der Sontheimer Braike.

Zurecht hat der Gemeinderat Hans Weiss im Jahre 2009 für seine Verdienste und sein großes Engagement zum Ehrenbürger unserer Gemeinde ernannt.

**Der SPD-Ortsverein und ganz Sontheim sind dem Verstorbenen für sein Wirken zu großem Dank verpflichtet. Er bleibt deshalb für uns alle auch in Zukunft unvergessen.**



Von Willi Häfele

## Aufrüstungswahnsinn endlich beenden!



Im letzten Jahr wurde laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ein trauriger neuer Rekord bei den Rüstungsausgaben erreicht. Demnach wurden weltweit rund zwei Billionen Dollar (das sind 2.000 Milliarden) für Waffen und Militär ausgegeben. An der Spitze aller Staaten lagen die USA mit 778 Milliarden Dollar, auf die rund 39% aller Rüstungsausgaben in der Welt entfielen.

Deutschland gab 2020 mit 52,8 Milliarden Dollar (das sind rund 47,8 Milliarden €) übrigens 5,2% mehr aus als im Jahr zuvor. Trotzdem fordern die Amerikaner, dass wir unsere Rüstungsaufwendungen weiter steigern sollen. Doch was wird die Folge sein, wenn wir sowie die anderen NATO-Staaten die Militärhaushalte weiter erhöhen? Die schon fast logische Konsequenz wird doch sein, dass dann vor allem auch Russland und China ihrerseits mehr aufrüsten – und so kommt eine verhängnisvolle Spirale in Gang!

**Bedenkt man, wie notwendig fürs Überleben der Menschheit auf unserem Planeten teure Zukunftsinvestitionen in den Erhalt einer lebenswerten Umwelt, in erneuerbare Energien, in Bildung und Gesundheit wären, ist es doch wahrlich ein Irrsinn, wenn wir stattdessen**

**Riesensummen in einen Bereich stecken, der keinen Nutzen, sondern eher Gefahren mit sich bringt. Mehr Waffen bedeuten schließlich nicht mehr Sicherheit!**

Wann endlich werden die Menschen auf diesem Planeten vernünftig, arbeiten zusammen und drohen sich nicht mehr mit gegenseitiger Vernichtung?



d's andre blättle

Spendenkonto: KSK Heidenheim  
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Verantwortlich: Erwin Resch  
Günther Neumann  
Redaktionsanschrift: Lange Str. 22  
89567 Sontheim  
resch.erwin@gmx.de

Herausgeber:  
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz  
Lange Str. 22  
89567 Sontheim

Herstellung und Layout:  
Günther Neumann und Willi Häfele  
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz  
Auflage: 2.360

